OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

WIEN

WORKSHOPS

Proceedings of OeNB Workshops

Dimensions of Inequality in the EU
Dimensionen der Ungleichheit in der EU

September 8, 2008

Stability and Security.

No. 16

Eliten, Macht und Reichtum in Europa

Michael Hartmann

Technische Universität Darmstadt

1. Einleitung

In aktuellen Umfragen unter der deutschen Bevölkerung ist ein eindeutiger Tenor zu erkennen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht der gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem in sozialer Hinsicht, immer skeptischer gegenüber. Das verdeutlichen drei innerhalb weniger Wochen veröffentlichte Studien. So beurteilen in einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung nur noch ganze 13% der Befragten die Einkommensverteilung als zumindest „im Großen und Ganzen" gerecht. Vor zwei Jahren waren es mit 28% noch mehr als doppelt so viele. Ungerecht finden sie dagegen mit 73% fast drei Viertel der Befragten, während 2006 mit 56% erst gut die Hälfte dieser Meinung war (Bertelsmann-Stiftung, 2008, 8). 1995 lagen beide Antwortgruppen sogar noch fast gleichauf. Besonders in die Kritik geraten sind dabei die Spitzenmanager. Nach einer im Frühjahr 2008 durchgeführten Allensbach-Studie halten 85% der Deutschen die Manager für überbezahlt, 69% sind davon überzeugt, dass die Manager und Managerinnen kein Verständnis für die Lage der breiten Bevölkerung haben, und ebenfalls 69% konstatieren einen generellen Verfall von Anstand und Moral bei ihnen (FAZ vom 26. Mai 2008). Auch die PolitikerInnen kommen in den Umfragen nicht besser weg als die Topmanager. Zudem wird die soziale Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft zunehmend verneint. Laut einer im Herbst 2008 veröffentlichten Untersuchung der Herbert-Quandt-Stiftung glaubt nur noch ein gutes Drittel der Mittelschicht, dass sozialer Aufstieg in Deutschland für jeden möglich sei. In der Unterschicht hält das sogar nur noch ein knappes Viertel für zutreffend (FAZ vom 15. Juli 2008). In der breiten Bevölkerung gehen das Gefühl ungerechter Einkommensverteilung und fehlender oder zumindest mangelnder sozialer Durchlässigkeit der Gesellschaft Hand in Hand mit einer scharfen Kritik an den Eliten. Es stellt sich daher die Frage, ob es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der Struktur der Eliten, d. h. vor allem ihrer sozialen Rekrutierung und ihrer Homogenität, und der Verteilung des gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums gibt.

2. Von den goldenen 1920er-Jahren zur Bush-Ära – Macht und Reichtum in den USA

Die USA als das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ machen in letzter Zeit durch eine unglaubliche Diskrepanz zwischen den Einkommen der TopmanagerInnen und der InvestmentbankerInnen und dem gleichzeitigen Crash an den Finanzmärkten infolge der Hypothekenkrise von sich reden. Auf der einen Seite werden immer mehr Eigenheime zwangsversteigert, sinkt der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung und muss der Staat für die Rettung von vor dem Bankrott stehenden Finanzinstituten Milliarden Steuergelder einsetzen. Auf der anderen Seite haben die von der Krise heftig gebeutelten Banken selbst 2008 zum größten Teil wieder enorm hohe Bonuszahlungen an ihre TopmanagerInnen und InvestmentbankerInnen ausgeschüttet, zum Teil sogar für Gewinne, die mit den für die Krise verantwortlichen Subprime-Produkten 2007 nur auf dem Papier gemacht worden sind. So enthält der Bonustopf von Morgan-Stanley, mit Abschreibungen in zweistelliger Milliardenhöhe eines der am stärksten getroffenen Institute, immer noch 16,5 Mrd. USD, sogar zwei Milliarden mehr als noch 2007 (Wirtschaftswoche vom 18. Februar 2008). An eine Rückzahlung von Boni, die für Gewinne gezahlt worden sind, die ganz offensichtlich nur auf dem Papier existierten und inzwischen in massive Verluste umgeschlagen sind, wird dabei nirgends gedacht. Der Steuerzahler bzw. die Steuerzahlerin kommt somit indirekt zumindest für einen Teil der exorbitanten Gehälter auf.

Ähnlich Erstaunliches kann man auch außerhalb der Finanzwelt beobachten. So hat der CEO von General Motors, Rick Wagoner, seine Bezüge 2007 um 64% auf 15,7 Mio USD steigern können, obwohl das Unternehmen im selben Jahr 39 Mrd USD Verlust zu verbuchen hatte und an den Finanzmärkten inzwischen selbst eine Pleite nicht mehr ausgeschlossen wird. Das Durchschnittseinkommen der CEOs der 500 größten US-Konzerne nahm 2007 immerhin auf fast 8,4 Mio USD jährlich zu. Dazu kommen außerordentlich hoch dotierte Abfindungszahlungen, der sogenannte „goldene Handschlag“, und das selbst bei CEOs, die alles andere als erfolgreich waren und deswegen abgelöst wurden. So erhielten die CEOs von Home Depot, Nardelli, und Pfizer, McKinnell, jeweils über 200 Mio USD bei ihren erzwungenen Rücktritten. Für noch größeres öffentliches Aufsehen hat kürzlich gesorgt, dass bei einer Reihe von CEO selbst nach ihrem Tod, vertraglich geregelt, noch teilweise außerordentlich großzügige Überweisungen an die Familienangehörigen anfallen. Diese als „Golden Coffin“ (goldener Sarg) bekannten Zahlungen erreichen in der Spitze fast 300 Mio USD, so bei den CEO des Telekommunikationsunternehmens Comcast oder des Bohr-Spezialisten Nabor Industries (Süddeutsche Zeitung vom 16. Juni 2008). Auch bei den Hedge-Fonds-Managern ist mit einem jährlichen Einkommen von 3,7 Mrd USD für John Paulson 2007 ein neuer fast unglaublicher Rekord markiert worden.

Diese Entwicklung schlägt sich unübersehbar in der gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung nieder. Sie war seit einem Jahrhundert nicht mehr so unausgeglichen wie heute. Zwar war die Kluft zwischen Reich und Arm in den USA immer groß, ihr Umfang variierte über die letzten 100 Jahre aber doch sehr stark. Konnten die oberen 10% der Einkommensbezieher bis 1940 stets über 40% des gesamten Markteinkommens[1] für sich beanspruchen, mit einem absoluten Höhepunkt von knapp 50% im Jahre 1928, war es zwischen dem Ende des 2. Weltkriegs und den frühen 1980er-Jahren im Durchschnitt „nur" noch ein gutes Drittel, mit Werten zwischen 32,3% und 35,3%. Danach ging es dann allerdings wieder steil bergauf mit den Prozentsätzen. 1988 wurde die Marke von 40% wieder überschritten und 2006 sogar der Wert von 1928 mit 49,66% noch leicht übertroffen. Noch drastischer ist das Ergebnis, wenn man nur die Reichsten betrachtet. Der Anteil des obersten Promille erreicht 1928 einen Hochpunkt mit 11,54%, um dann bis 1953 auf nur noch 3,06% abzustürzen. Dieses Niveau bleibt bis 1981 relativ stabil, erreicht in den 1970er-Jahren mit Werten von bis zu 2,56% sogar neue Tiefststände. Danach geht es auch hier rapide in die Höhe. 2006 wird mit 11,58% ebenfalls eine neue Höchstmarke gesetzt. Bei den Reichsten der Reichen, dem obersten 0,1 Promille fallen die Unterschiede im Zeitverlauf noch deutlicher aus. 1928 konnten sie 5% allen Einkommens auf sich vereinigen, 1953 waren es nur noch 0,97% und 1975 sogar nur noch 0,85%. 2006 wurde dann auch bei dieser sehr kleinen Gruppe mit 5,46% der Wert von 1928 übertroffen (Saez, 2008, Table A3).[2] 2007 dürften all diese Prozentsätze noch höher ausgefallen, generell neue Rekordwerte erreicht worden sein.

Richtet man seinen Blick nun darauf, was die späten 1920er-Jahre mit den ersten Jahren des neuen Jahrtausends in den USA politisch gemein haben, so fallen die Parallelen sofort ins Auge. Den größten Anteil am Gesamteinkommen konnten die Reichen und Superreichen sowohl in den 1920er-Jahren als auch heute während einer Präsidentschaft der republikanischen Partei verzeichnen. In beiden Fällen konnten die Republikaner nicht nur für mindestens zwei Wahlperioden den Präsidenten stellen, damals Harding und Coolidge, aktuell Bush Jr., sie dominierten im gleichen Zeitraum auch weitgehend die parlamentarischen Gremien, den Senat und das Repräsentantenhaus. Diese politische Macht nutzten sie damals wie heute für umfangreiche Steuersenkungen zu Gunsten der Unternehmen wie der Wohlhabenden und Reichen. So wurden z.B. die Spitzensteuersätze von 1921 bis

[1] Das Markteinkommen umfasst sämtliche Einkommensarten vom Gehalt bis hin zu Aktiendividenden mit einer Ausnahme, staatliche Transferleistungen.

[2] Lässt man die Einkommen durch Kursgewinne bei Wertpapieren außen vor, reduzieren sich die Prozentsätze zwar, bleiben mit knapp 47% für das obere Zehntel der Einkommensbezieher, knapp 9,3% für das oberste Promille und immer noch 3,89% für das oberste 0,1 Promille aber immer noch sehr hoch und weisen zudem die gleiche Kurve über die letzten zehn Jahrzehnte auf (Saez, 2008, Table A2).

1929 in atemberaubendem Tempo von 73% auf nur noch 24% reduziert.[3] Die Steuersenkungen unter Bush Jr. 2001 und 2003 kamen ebenfalls vor allem den Unternehmen und den Reichen zugute. So wurden bei Dividenden und Kapitaleinkünften die Steuern massiv auf nur noch 15% reduziert. Insgesamt verringerte sich die effektive Steuerbelastung auf Einkommen für das oberste Prozent der Einkommensbezieher in nur fünf Jahren, von 2000 bis 2005, drastisch um ein Fünftel, von 24,2% auf nur noch 19,4% (Aaron-Dine, 2008, 2). Da sich die Gewerkschaften (wie auch andere oppositionelle Kräfte) gleichzeitig in einer Phase großer Schwäche mit einem sehr niedrigen Organisationsgrad von nicht mehr als gut 10% befanden bzw. befinden, gab bzw. gibt es auch kaum Widerstand gegen diese Entwicklung.[4]

Auffällig ist außerdem, dass zu beiden Zeitpunkten Repräsentanten der Wirtschaft an entscheidenden Stellen in den Regierungen saßen. Heute trifft das vor allem auf Vizepräsident Cheney zu, der bis zu seinem Amtsantritt CEO und Chairman von Halliburton war, einem der 50 größten Industriekonzerne des Landes, sowie auf Finanzminister Paulson, bis zu seiner Ernennung Chef der weltweit erfolgreichsten Investmentbank, Goldman Sachs.[5] Damals war es in erster Linie die Person des Finanzministers, die die außerordentlich starke Verknüpfung von Wirtschaft und Politik symbolisierte. Mit Andrew W. Mellon bekleidete einer der reichsten Männer der USA dieses Amt ununterbrochen für über ein Jahrzehnt, d. h. fast die gesamte republikanische Regierungszeit unter drei Präsidenten von Harding 1921 bis Hoover 1932. Die Eliten aus Wirtschaft und Politik waren damals wie heute selbst für US-amerikanische Verhältnisse ausgesprochen eng miteinander verbunden. Typisch für diese sehr direkten Beziehungen ist auch ein prominenter Wechsel in die umgekehrte Richtung, von einer Elitenposition in der Politik in eine ebensolche in der Wirtschaft. Mitte 2008 ging Robert Steel, bis dahin Staatssekretär im Finanzministerium, als CEO an die Spitze von Wachovia, der viertgrößten Bank der USA. Die bei führenden republikanischen Politikern traditionell vorherrschende Haltung hat Präsident Coolidge mit seiner legendären Äußerung „the business of America is business“ vermutlich am besten auf den Punkt gebracht.

---

[3] Unter Ronald Reagan wurde zwischen 1981 und 1986 der Spitzensteuersatz auf Arbeitseinkommen von 50% auf 28% gesenkt.

[4] Zu dieser Schwäche hat auch die gewerkschaftsfeindliche Politik der Regierungen, vor allem der unter Reagan, erheblich beigetragen.

[5] Die beiden Vorgänger von Paulson unter Bush Jr., O’Neill und Snow vollzogen einen ähnlichen Wechsel. O’Neill war zuvor CEO von Alcoa, einem der 100 größten, Snow CEO der CSX-Corporation, einem der 500 größten Unternehmen des Landes. Unter demokratischen Präsidenten gab es derartige Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft zwar auch, sie waren aber generell weniger stark ausgeprägt. So wies von den drei Finanzministern unter Clinton „nur“ einer eine vergleichbare Karriere wie Paulson, O’Neill und Snow auf, Robert Rubin, der von Goldman Sachs kam.

3. Eliten und Reichtumsverteilung in Deutschland

Auch in Deutschland hat sich die Einkommensverteilung seit Ende der 1990er-Jahre stark zu Gunsten der Wohlhabenden und Reichen verschoben. Während das arithmetische reale Durchschnittseinkommen[6] zwischen 1998 und 2004 leicht zurückgegangen, das reale Medianeinkommen um ein Fünftel gesunken und der Einkommensanteil der unteren Hälfte der Bevölkerung sogar um ein Drittel geschrumpft ist, hat das obere Zehntel seinen Anteil um über 5% auf über 41% steigern können. Auf das oberste Prozent entfiel 2004 sogar fast ein Achtel des gesamten Markteinkommens. Allein das oberste Promille kam auf über 4,5%, das oberste 0,1 Promille auf fast 2% (Bach und Steiner, 2007, 194f.).[7] Diese Gruppen von einigen zehntausend bzw. einigen tausend Personen vereinen damit einen Prozentsatz des Markteinkommens auf sich, der deutlich höher liegt als bei den vergleichbaren Gruppen aus Frankreich und Großbritannien und nur von den Reichen und Superreichen in den USA übertroffen wird (Pickety und Saez, 2003, 36). Die Vermögen sind noch wesentlich ungleicher verteilt als die Einkommen. Auf die oberen 10% der Bevölkerung entfallen fast 60% des Vermögens, ein verglichen mit dem Einkommen noch einmal um die Hälfte größerer Anteil, auf das oberste Prozent allein ein Fünftel (Grabka und Frick 2007, 668; dies. 2008). Gleichzeitig ist in den nur sechs Jahren zwischen 1999 und 2005 ein Anstieg der Armutsquote von 12% auf fast 18% und parallel dazu auch eine Verfestigung der Armut zu verzeichnen (Groh-Samberg, 2007). Die Bevölkerungsstruktur hat sich dementsprechend polarisiert. Von 1999 bis 2006 hat es sowohl bei denen, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens (ohne Sozialtransfers) aufweisen, als auch bei denen, die auf mehr als das Doppelte kommen, einen massiven Zuwachs gegeben. Letztere haben um knapp 40%, erstere sogar um über 56% zugelegt. Zu den Geringverdienern zählt inzwischen jeder neunte, zu den

[6] Auch hier handelt es sich wie im Falle der USA um die Markteinkommen, allerdings generell ohne Kursgewinne von Wertpapieren.

[7] Die Werte für 2004 sind nur als ungefähre Größen angegeben, weil die Zahlen in der Studie für den Bereich der sehr hohen Einkommen deutlich voneinander abweichen, je nachdem ob sie allein, wie für 2004, aus der SOEP-Stichprobe entnommen oder aber, wie für die anderen Jahre, mit den offiziellen Steuerstatistiken methodisch kombiniert worden sind. Hier sind als Kompromiss die Steigerungsraten für den Zeitraum von 2001 bis 2004 aus der SOEP-Stichprobe mit den Werten aus der kombinierten Rechnung verknüpft und ungefähre Werte ermittelt worden. Im Vergleich mit den anderen Ländern, wo allein die offiziellen Steuerstatistiken als Grundlage der Berechnungen dienen, die wegen der gerade bei hohen Einkommen zu beobachtenden Steuerhinterziehung aber zu geringe Werte enthalten dürften, dürften die Werte für Deutschland daher etwas zu hoch ausfallen. Dass sie auch real höher als in vergleichbaren europäischen Ländern liegen, hat viel mit der Sonderentwicklung während der Zeit des Nationalsozialismus (Corneo, 2008) und dem hohen Anteil von großen Familienunternehmen zu tun.

Gutverdienern jeder elfte. Diese Entwicklung ist fast vollständig auf Kosten der mittleren Gruppe mit 90% bis 110% des durchschnittlichen Einkommens gegangen. Sie ist um fast ein Viertel geschrumpft und stellt nur noch jeden siebten Einkommensbezieher (Grabka und Frick, 2008, 103).[8]

Für diese Entwicklung waren ebenso wie in den USA politische Entscheidungen auf steuerlichem Gebiet und in der Sozialpolitik mit ausschlaggebend. Zum einen hat die rot-grüne Bundesregierung zahlreiche steuerliche Erleichterungen für die Unternehmen verabschiedet, als folgenreichste sicherlich die völlige steuerliche Freistellung von Veräußerungsgewinnen aus Verkäufen von Unternehmensbeteiligungen. Sie haben in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends zu einer deutlichen Steigerung der Nettogewinne und in deren Folge auch der Dividendenausschüttungen wie der Aktienkurse geführt. All das ist in erster Linie denen zugute gekommen, die über nennenswerte Aktienpakete und Einkünfte daraus verfügen. Zum anderen hat dieser Teil der Bevölkerung gleichzeitig von der massiven Senkung der Spitzensteuersätze von 53 auf nur noch 42% profitiert. Die effektive steuerliche Belastung der Superreichen, des obersten 0,01 Promille der Bevölkerung, ist allein zwischen 1998 und 2002 von 41% auf 34,3% gesunken. Bei den 40 reichsten Deutschen hat sich die Belastung sogar noch stärker verringert, von 45% auf nur noch 32%, ein Rückgang von über einem Viertel binnen nur vier Jahren (Bach, Corneo und Steiner, 2008, Table 4). Die BundesbürgerInnen, die es auf mindestens das Fünfzigfache des Durchschnittseinkommens bringen, weisen heute als einzige Bevölkerungsgruppe trotz der deutlichen Anhebung der Steuersätze in den 1970er-Jahren einen wesentlich geringeren Steuersatz auf als 1958. Er liegt um ein Achtel niedriger als 1958 und ist allein seit 1999 um ein Fünftel gesunken. Alle anderen zahlen heutzutage höhere Sätze als 1958. Allerdings haben diejenigen, die wenigstens das Fünffache eines Durchschnittseinkommens aufweisen, die Belastung seit 1999 ebenfalls erheblich senken können, immerhin auch um ein knappes Fünftel (Corneo, 2005, 163).

Insgesamt hat die Umverteilungswirkung von Steuern in den letzten zehn Jahren deutlich abgenommen. Schrumpften durch steuerliche Maßnahmen und Sozialtransfers die Anteile der Einkommensbezieher mit weniger als 70 und mit mehr als 150% des durchschnittlichen Einkommens (inkl. Rentenzahlungen) 1998 noch um jeweils ungefähr ein Drittel (von 28,9% auf 19,4% bzw. von 25,3% auf 17,9%) waren es 2006 trotz gewachsener Differenzen bei den Markteinkommen weniger als ein Fünftel bzw. weniger als ein Viertel (von 32% auf 25,8% bzw. von 26,8% auf 20,3%). Die Gruppe mit einem mittleren Nettoeinkommen von 70 bis 150% des Durchschnitts ist dementsprechend innerhalb von acht Jahren massiv von 62,7% auf 53,9% gesunken (Goebel und Krause, 2007, 828).

[8] Die genauen Angaben entstammen einer Zahlenreihe, die dem Autor von den Verfassern der Studie zur Verfügung gestellt worden sind.

Fast zeitgleich mit der Polarisierung der Einkommen und den durchgreifenden Veränderungen im Steuersystem vollzog sich in der politischen Elite Deutschlands eine bemerkenswerte Veränderung. Sie wurde in ihrer sozialen Rekrutierung erheblich bürgerlicher. Stammten die Kabinettsmitglieder der beiden letzten Kohl-Regierungen zwischen 1991 und 1998 und des ersten Schröder-Kabinetts noch zu knapp zwei Dritteln aus dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft, wiesen also die für deutsche Regierungen seit den 1950er-Jahren traditionelle soziale Herkunft auf, so änderte sich das mit dem Antritt der zweiten Schröder-Regierung 2002 bereits spürbar. In ihr standen sich fast gleich viele Minister aus Bürger- und Großbürgerfamilien auf der einen und aus Kleinbürger- sowie Arbeiterhaushalten auf der anderen Seite gegenüber. Unter Bundeskanzlerin Merkel stellen die Kabinettsmitglieder aus Bürger- und Großbürgertum sogar die Mehrheit, und zwar gleich mit einem Anteil von zwei Dritteln, d. h. in genau umgekehrtem Verhältnis zu früher.

Noch deutlicher wird der Wechsel, betrachtet man nur die für die Finanz-, Wirtschafts- und Innenpolitik zuständigen Ministerien. Wurden sie unter Kohl mit den Söhnen eines Maurerpoliers (Waigel), eines Oberpostinspektors (Seiters) und eines Polsterermeisters (Möllemann) noch eindeutig von Kindern aus der Durchschnittsbevölkerung dominiert, denen mit Rexroth, Sohn des früheren Reichsgeschäftsführers der Deutschen Demokratischen Partei, nur ein Bürgerkind gegenüber stand,[9] sah das schon im ersten Kabinett Schröder völlig anders aus. Nach dem schnellen Rücktritt des Bäckersohnes Lafontaine wurden alle drei Ministerien von Personen aus dem Bürger- und Großbürgertum geführt, von den Söhnen eines Hüttendirektors (Schily), eines Architekten (Eichel), eines Physikers (Müller) und in dessen Nachfolge eines Baumeisters (Clement). Aktuell hat sich daran nicht viel geändert. Es dominieren weiterhin die Bürgerkinder mit Schäuble, Sohn eines Steuerberaters und einer Landtagsabgeordneten, sowie Steinbrück, Sohn eines Architekten. Rechnet man Wirtschaftsminister Glos, der als Sohn eines Mühlenbesitzers sozial nicht ganz eindeutig zuzuordnen ist, noch hinzu, bleibt es sogar bei einer rein bürgerlichen Rekrutierung.

Die politische Elite in der Bundesrepublik war in puncto sozialer Herkunft immer der klassische Gegenpol zu den anderen wichtigen Eliten aus Verwaltung, Justiz und vor allem der Wirtschaft, hat sich diesen innerhalb weniger Jahre weitgehend angeglichen. Letztere haben sich stets mehrheitlich aus Bürgertum oder Großbürgertum rekrutiert, die hohen Juristen und Verwaltungsbeamten zu gut 60, die TopmanagerInnen sogar zu fast 85% (Hartmann, 2007, 139 ff.). Die Eliten in Deutschland sind aber nicht nur sozial homogener, sie sind auch mobiler geworden, wechseln häufiger über die jeweiligen Sektorgrenzen hinweg von einer Spitzen- in eine andere Spitzenposition. Dass Angehörige der Wirtschaftselite wie

[9] Über den Nachfolger von Seiters, Manfred Kanther, liegen keine Informationen zur sozialen Herkunft vor.

der ehemalige Topmanager Müller in die Politik gehen, ist zwar immer noch selten Zwei weitere prominente Beispiele sind der von 2001–2006 als Hamburger Finanzsenator amtierende ehemalige Vorstandschef der Gothaer Versicherung, Peiner, und der neue schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Marnette, zuvor Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie, Europas größter Kupferhütte. Der umgekehrte Weg wird inzwischen aber recht häufig eingeschlagen. In den letzten Jahren ist ihn nicht nur Müller gegangen, als er Chef der Ruhrkohle AG, heute Evonik, wurde, sondern auch sein Nachfolger als Wirtschaftsminister, Clement, und Ex-Kanzler Schröder.[10] Dazu kommen zwei Chefs des Kanzleramts (Bohl und Hombach), ein Staatsminister und eine Staatsministerin im Kanzleramt (Bury und Müller),[11] gleich mehrere parlamentarische Staatsekretäre aus den unterschiedlichsten Parteien wie Bundesministerien, von der CDU bis zu den Grünen und vom Wirtschafts- über das Finanz- bis zum Umweltressort, und auch einflussreiche Landesminister wie etwa der frühere bayerische Wirtschaftsminister Wiesheu, heute im Vorstand der Bahn AG.

Auch Wechsel zwischen der Wirtschaft und hohen Positionen in der Bundesverwaltung gibt es immer häufiger. So kommt es nicht nur im Rahmen eines „Seitenwechsel“ genannten Programms inzwischen zu einer regelmäßigen, zeitlich begrenzten Entsendung von Wirtschaftsvertretern in die Ministerien. Es gibt zunehmend auch spektakuläre Fälle. Die meisten betreffen das Finanzministerium. Dazu gehören sicherlich Heribert Zitzelsberger, der als langjähriger Chef der Steuerabteilung von Bayer 1999 als beamteter Staatssekretär in das Bundesfinanzministerium wechselte und dort maßgeblich für die rot-grüne Unternehmenssteuerreform von 2001 verantwortlich zeichnete, Cajo Koch-Weser, bis 2006 beamteter Staatsekretär im Finanzministerium, der – wie übrigens zwei Jahre später auch Helmut Bauer, der ehemalige oberste Bankenaufseher bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – in das höhere Management der Deutschen Bank eintrat. Weitere Beispiele sind sein Nachfolger Axel Nawrath, der 2003 aus dem Finanzministerium als Geschäftsführer zur Deutschen Börse wechselte, um dann 2006 als neuer Staatssekretär für Finanzen wieder

[10] Schröder hat nach seinem Ausscheiden aus der Politik einen mit 250.000 Euro dotierten Posten als Aufsichtsratschef bei der NEGP angetreten, der Gesellschaft für die geplante Ostsee-Pipeline, an der zu jeweils 24,5 auch die deutschen Konzerne E.ON und BASF beteiligt sind.

[11] Bohl sitzt heute im Vorstand der Deutsche Vermögensberatung AG, Bury im Vorstand der European Investment Banking Division von Lehman Brothers, Hombach ist Geschäftsführer der WAZ-Mediengruppe und Müller Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft. Bury, Hombach und Müller haben im Übrigen vor ihrer politischen Karriere schon Führungspositionen in der Wirtschaft wahrgenommen, Bury als Vorstandsassistent der Volksbank Ludwigsburg, Hombach als Geschäftsführer der Preussag Handel GmbH und Müller als Abteilungsdirektorin der Dresdner Bank.

zurückzukehren, der ehemalige Finanzstaatsekretär Volker Halsch, der seit 2007 in der Geschäftsleitung der Telekom-Tochter Vivento sitzt, oder Gert Haller, der 1995 erst vom Posten eines Staatsekretärs im Bundesfinanzministerium an die Spitze der Wüstenrot-Holding wechselte, um dann gut zehn Jahre später als Chef des Bundespräsidialamtes wieder in die hohe Verwaltung zurück zu kehren. Auch im Wirtschaftsministerium gibt es einen prominenten Fall. 2005 ging der damalige beamtete Staatssekretär Tacke als Vorstandsvorsitzender zur STEAG, einem Tochterunternehmen der RAG. Wechsel aus der hohen Verwaltung in die hohe Politik lassen sich ebenfalls häufiger beobachten. Im derzeitigen Bundeskabinett werden gleich zwei zentrale Ressorts, das Außenministerium und das Justizministerium von ehemaligen beamteten Staatsekretären (Steinmeier und Zypries) geleitet. Mit Ralf Nagel ist ein weiterer früherer Staatsekretär als Bremer Senator für Wirtschaft und Justiz in die Landespolitik gegangen. Alles in allem lässt sich in den letzten Jahren eine deutlich gewachsene Homogenität der deutschen Eliten durch eine Vereinheitlichung ihrer sozialen Rekrutierung und eine deutlich höhere Mobilität zwischen den einzelnen Elitesektoren konstatieren.

4. Eliten und soziale Ungleichheit in Europa

Die Entwicklung in Deutschland wie den USA zeigt auf den ersten Blick einen deutlichen Zusammenhang zwischen der sozialen Exklusivität und Homogenität der jeweiligen Eliten auf der einen und der Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums auf der anderen Seite. Dieser Zusammenhang ist aus zwei Gründen auch theoretisch plausibel. Erstens ist die Macht von Eliten grundsätzlich umso größer, je homogener sie sind. Je größer die Gemeinsamkeiten ausfallen, d. h. in erster Linie je einheitlicher der soziale Hintergrund ist und je intensiver die Verbindungen durch gemeinsame Zeiten in Schule, Hochschule oder im Beruf sind, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit eines internen Konsenses und in dessen Folge auch eines einheitlichen und damit Erfolg versprechenden politischen Vorgehens. Zweitens spricht eine überwiegende Rekrutierung der Eliten aus dem Bürger- und Großbürgertum, den oberen 3,5% der Bevölkerung,[12] dafür, dass die Interessen dieses Teils der Bevölkerung in den Entscheidungen der Eliten besondere Berücksichtigung finden. In der Regel vertritt man, bewusst oder unbewusst, in wichtigen Fragen die Positionen, die in den gesellschaftlichen

[12] Zum Bürgertum zählen größere Unternehmer, leitende Angestellte, höhere Beamte und akademische Freiberufler, zum Großbürgertum Großunternehmer, Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer großer Unternehmen sowie hohe Beamte. Diese Berufsgruppen umfassten in der Vätergeneration der heutigen Eliten, d. h. bis in die 1960er-Jahre, insgesamt 3,5% der Bevölkerung. Das Großbürgertum machte die oberen fünf Promille aus. Heutzutage müsste man vor allem bei den höheren Beamten und den akademischen Freiberuflern stärker innerhalb der Berufsgruppen differenzieren, um die Zugehörigkeit zum Bürgertum feststellen zu können.

Kreisen dominieren, in denen man aufgewachsen ist und seinen Alltag verbringt. Das trifft vor allem auf Verteilung von Einkommen und Vermögen und die damit zusammenhängenden steuer- und sozialpolitischen Entscheidungen zu. Während Fragen der persönlichen Lebensführung, inwieweit etwa Homosexualität akzeptiert wird oder nicht, weniger einheitlich gesehen werden und im Zeitverlauf auch größeren Veränderungen unterliegen, lässt sich in den grundlegenden materiellen Verteilungsfragen eine relativ klare Linie und eine recht hohe Kontinuität beobachten. Hier geht es um die eigenen finanziellen Interessen, die für die grundsätzliche Haltung gegenüber staatlichen Sozialtransfers oder der steuerlichen Belastung von höheren Einkommen und Vermögen letztlich ausschlaggebend sind. Umfragen zeitigen diesbezüglich denn auch eindeutige Resultate. So plädiert laut der schon erwähnten Studie der Quandt-Stiftung nur noch in der „Oberschicht" eine Mehrheit für einen „zurückhaltenden" Staat, der dem einzelnen Bürger „mehr Freiheit" einräumt, ihm aber auch „mehr Verantwortung" abverlangt, und nur noch in ihr dominiert auch die Überzeugung, dass es zur Marktwirtschaft keine überzeugende Alternative gebe.

Wirft man einen Blick auf die Situation in ganz Europa, so fallen (wie in den USA und Deutschland) auch hier empirisch die Parallelen zwischen der Struktur der Eliten und dem Ausmaß sozialer Ungleichheit auf. Ein einfacher Vergleich zwischen der sozialen Rekrutierung der politischen Eliten, die in den meisten Ländern die durchlässigste aller Eliten waren und damit den Gegenpol zur Wirtschaftselite bildeten, und der Einkommensverteilung zeigt das schon recht deutlich (s. Tab. 1 und 2). Länder mit traditionell geringen Einkommensdifferenzen wie die skandinavischen Staaten, aber auch Deutschland oder Österreich[13] hatten traditionell Regierungen mit einem relativ hohen Anteil von Politikern aus den Mittelschichten und der Arbeiterschaft, Länder mit traditionell hohen Einkommensunterschieden wie Großbritannien, Irland, Portugal oder Spanien dagegen üblicherweise Regierungen mit einem hohen Anteil von Politikern, die in bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien aufgewachsen sind.[14]

[13] Die osteuropäischen Staaten bleiben bei dieser Betrachtung außen vor, da sie sich, wie die Beispiele von Polen und Ungarn deutlich zeigen, noch im Umbruch befinden und sich die Einkommensverhältnisse dementsprechend schnell ändern können.

[14] Auf Frankreich als große Ausnahme von dieser Regel wird weiter unten noch eingegangen.

Tabelle 1: Einkommensverteilung in Europa (oberstes zu unterstem Quintil)[1]

	2000	**2001**	**2005**	**2006**	**mid-2000s**
Nordeuropa					
Dänemark	3,0	3,0	3,5	3,4	3,3
Finnland	3,3	3,7	3,6	3,6	3,9
Norwegen	3,3	3,5	4,1	4,6[2]	4,0
Schweden	3,1	3,4	3,3	3,5	3,3
Mitteleuropa					
Belgien	4,3	4,0	4,0	4,2	4,0
Deutschland	3,5	3,6	3,8	4,1[3]	4,8
Niederlande	4,1	4,0	4,0	3,8	4,0
Österreich	3,4	3,5	3,8	3,7	4,0
Westeuropa					
Frankreich	4,2	3,9	4,0	4,0	4,1
Großbritannien	5,2	5,4	5,8	5,4	5,4
Irland	4,7	4,5	5,0	4,9	5,4
Südeuropa					
Griechenland	5,8	5,7	5,8	6,1	5,3
Italien	4,8	4,8	5,6	5,5	6,0
Portugal	6,4	6,5	6,9	6,8	7,1
Spanien	5,4	5,5	5,4	5,3	5,5
Osteuropa					
Polen	4,7	4,7	6,6	5,6	7,2
Slowenien	3,2	3,1	3,4	3,4	
Tschechien		3,4	3,7	3,5	3,8
Ungarn	3,3	3,1	4,0	5,5	4,3

Quelle: Eurostat und OECD (2008, 53, Table 1.A2.4).

Anmerkung:

[1] *Es sind jeweils die Werte für zwei aufeinander folgende Jahre angegeben, damit einzelne Ausreißer, die es aus zum Teil unerfindlichen Gründen (eventuell auch methodische Schwächen) gibt, das Bild nicht verfälschen und der Trend seit 2000 möglichst eindeutig erkennbar wird. Die OECD-Werte in der letzten Spalte basieren z.T. auf anderen Daten und zeigen daher andere absolute Werte. Der Trend ist aber identisch.*

[2] *Bei Norwegen dürfte die enorme Steigerung in den Jahren 2005 und 2006 auf eine zeitlich befristete Besonderheit zurückzuführen sein. Die bei den Wahlen 2005 siegreichen Sozialdemokraten kündigten damals eine erheblich höhere Besteuerung von Aktiengewinnen an. Das dürfte zu einem Vorziehen solcher Gewinne unter der noch amtierenden konservativen Regierung und damit zu ungewöhnlich hohen Einkommen im Jahre 2005 geführt haben (aus dieser Quelle stammten 2005 41% des*

Einkommens des obersten Dezils, 2006 dagegen nur noch 15%). Da die nationale Einkommensstatistik die Relation zwischen oberstem und unterstem Quintil für 2005 mit 4,5 angibt, für 2006 dann aber wieder den traditionell niedrigen Wert von 3,3 anführt, spricht viel dafür, dass bei der EU-Befragung Daten von 2005 für das Jahr 2006 angegeben worden sind.

[3]Dieser auf der Basis des neuen einheitlichen europäischen Erhebungsverfahrens EU-SILC erhobene Wert verharmlost die Realität noch beträchtlich, wie schon ein oberflächlicher Vergleich mit den OECD-Werten in der letzten Spalte zeigt. Die unzureichende Methodik – so werden nur in Deutschland keine Interviewer eingesetzt, sondern die Angaben in der ersten Welle mit Hilfe von postalisch versendeten und ausschließlich in Deutsch abgefassten komplexen Fragebögen ermittelt, die in einer zweiten Welle dann durch telefonische Nachfragen ergänzt werden – führt vor allem in zwei Punkten zu erheblichen Verzerrungen. So liegt nicht nur der Anteil von Personen mit niedrigen oder mittleren Bildungsabschlüssen weit unterhalb der Werte im Mikrozensus oder dem sozioökonomischen Panel, sondern auch der von MigrantInnwn aus der Türkei und Südeuropa, während MigrantInnen aus West- und Nordeuropa dreimal stärker als in den beiden anderen Erhebungen vertreten sind (Hauser 2007). Das hat eindeutige Folgen. So fällt z.B. die Armutsquote mit 13% weit niedriger aus etwa beim SOEP, wo sie über 18% beträgt. Auch für die Relation zwischen obersten und unterstem Fünftel dürften die Mängel des neue Erhebungsverfahrens erhebliche Konsequenzen haben, wie ein Vergleich mit dem noch durch Abgleich nationaler Statistiken und Umfragen erhobenen Wert für 2004 zeigt. Damals wurde von Eurostat eine Relation von 4,4 angegeben. Eine solche Abweichung zwischen den alten und den neuen auf EU-SILC-Basis ermittelten Werten gibt es bei keinem anderen Land.

Ein zweiter Sachverhalt ist ebenso offenkundig. Einer in vielen Ländern feststellbaren Zunahme der Einkommensunterschiede entspricht in der Regel eine Verbürgerlichung ihrer politischen Eliten (s. Tab. 2 und 3). Besonders deutlich lässt sich diese Entwicklung in Deutschland und Italien beobachten, den beiden Ländern, die in den letzten Jahren mit einer Zunahme von 17,1 (Deutschland) bzw. 14,6% (Italien) die stärkste Polarisierung der Einkommensstruktur von allen westeuropäischen Ländern[15] aufweisen.[16] Dominierten in diesen beiden Staaten nach dem 2. Weltkrieg über lange Jahrzehnte Regierungen, die von Politikern aus den breiten Mittelschichten und der Arbeiterschaft bestimmt wurden, hat sich das im letzten Jahrzehnt durchgreifend geändert. Wie in Deutschland ist in Italien der Anteil von in bürgerlichen oder großbürgerlichen Verhältnissen aufgewachsenen Politikern ebenfalls erheblich gestiegen, wenn man die durchweg mehrheitlich

[15] Zu den osteuropäischen Ländern s. Fußnote 10.

[16] In beiden Fällen ist die Veränderung real noch stärker zu gewichten. Bei Deutschland dürfte sie aufgrund methodischer Schwächen erheblich höher ausfallen als angegeben (s. Fußnote 9). Deutschland dürfte damit in dieser Beziehung europaweit sogar Spitzenreiter sein und zugleich das einzige Land mit einem kontinuierlichen Anstieg. Bei Italien wiederum handelt es sich um das einzige Land mit einem schon hohen Ausgangswert, das noch einmal eine erhebliche Verschärfung der Kluft zwischen oben und unten zu verzeichnen hat. Zu den Gründen für den überraschend hohen Umfang der Einkommensunterschiede in Italien s. Hartmann 2007: 229 ff..

christdemokratischen Kabinette von 1945–1992 mit den konservativen unter Silvio Berlusconi in der Folgezeit vergleicht.[17]

Tabelle 2: Die soziale Rekrutierung der politischen Eliten (Staatspräsident, Ministerpräsident, Premierminister, Bundeskanzler) Europas 1945–2007[18]

in %	**Großbürgertum**	**Bürgertum**	**Mittelschichten**	**Arbeiterklasse**
Frankreich	52,5	27,5	15,0	5,0
Großbritannien	45,5	27,2	18,2	9,1
Spanien	40,0	20,0	40,0	–
Portugal	22,2	66,7	11,1	–
Deutschland	–	31,2	43,8	25,0
Italien	8,7	39,1	30,4	21,7
Niederlande	23,0	15,4	30,8	30,8
Belgien	28,6	21,4	28,6	21,4
Österreich	–	12,5	37,5	50,0
Dänemark	–	15,4	53,8	30,8
Finnland	20,0	–	–	80,0
Norwegen	15,4	15,4	46,1	23,1
Schweden	22,2	11,1	33,3	33,3
Polen	–	66,7	–	33,3
Ungarn	–	40,0	20,0	40,0

– = Zahlenwert ist null.

Quelle: Eigene Recherchen.

[17] Nur ein solcher Vergleich ist aussagekräftig. Ein Vergleich mit den Mitte-Links-Regierungen der letzten 15 Jahre, die in ihrer sozialen Rekrutierung den Regierungen bis Anfang der 1990er-Jahre weitgehend ähneln, verbietet sich aus einem entscheidenden Grund. In diesen Regierungen kommen die Kabinettsmitglieder, die aus der Arbeiterschaft stammen, fast durchweg aus der früheren KP, die als klassische Arbeiterpartei Italiens aus innen- wie außenpolitischen Gründen aber bis zum Zerfall des traditionellen Parteiensystems zu Beginn der 1990er-Jahre an keiner Regierung beteiligt war, was deren soziale Zusammensetzung erheblich beeinflusste (Hartmann 2007, 132 ff.).

[18] Für Frankreich sind alle Staatspräsidenten und Premierminister berücksichtigt worden (allerdings ohne Doppelzählung bei de Gaulle, Pompidou und Chirac, die beide Ämter bekleidet haben), für Belgien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Österreich und Schweden nur die Bundeskanzler, Ministerpräsidenten oder Premierminister. Für Finnland sind aufgrund der dominierenden Stellung des Staatspräsidenten nur diese genommen worden. Für Spanien und Portugal gelten die Angaben nur für die Ministerpräsidenten seit den ersten parlamentarischen Wahlen 1976, für Polen und Ungarn nur für die Staats- bzw. Ministerpräsidenten seit 1989.

Auch in den meisten anderen Ländern ist eine Verbürgerlichung der politischen Eliten festzustellen. Dieser Prozess dauert an, wie ein Vergleich der Regierungskabinette von 2006 und 2008 zeigt (s. Tab. 3). In den drei Ländern mit der zuvor exklusivsten sozialen Rekrutierung der Regierungen, Frankreich, Großbritannien und Spanien, ist allerdings eine gegenläufige Bewegung zu erkennen. Sie fällt aber nur schwach aus, ist inhaltlich ohne größere Aussagekraft. In Großbritannien lässt sich nach dem Rücktritt von Blair allerdings eine gewisse Polarisierung des politischen Spitzenpersonals der beiden führenden Parteien konstatieren. Bei Labour geht der Prozentsatz der aus dem Großbürgertum stammenden Kabinettsmitglieder zurück, bei den Tories dagegen übernehmen mit dem neuen Parteivorsitzenden Cameron und dem neuen Londoner Bürgermeister Johnson erstmals seit vier Jahrzehnten wieder in Eton erzogene Angehörige der britischen Upper Class die Spitzenpositionen in der Partei. Auch der dritte Star der Tories, der Schattenfinanzminister Osborne, passt als in der Eliteschule St. Pauls erzogener Sohn eines reichen Unternehmers und einer Adligen in dieses Bild. Nach den nächsten Wahlen könnte es daher also durchaus zu einem massiven Anstieg in der sozialen Rekrutierung des Regierungskabinetts kommen.

Nimmt man nicht nur die politische Elite der einzelnen Länder, sondern deren Eliten in ihrer Gesamtheit in den Blick, zeigt sich dasselbe Resultat. Länder mit hohen Einkommensdifferenzen besitzen in der Regel ausgesprochen homogene und überwiegend aus Bürger- und Großbürgertum stammende Eliten (s. Tab. 3 und 4). Das gilt für die iberische Halbinsel genauso wie für die britischen Inseln. Es gibt nur einen wichtigen Unterschied. Während für die Homogenität der Eliten, abgesehen von ihrer hohen sozialen Rekrutierung, einmal exklusive Bildungsinstitutionen (Public Schools wie etwa Eton oder Winchester und Eliteuniversitäten wie Oxford und Cambridge) die entscheidende Rolle spielen, die Mobilität zwischen den einzelnen Elitesektoren dagegen gering ausfällt, ist es im anderen Fall genau diese Mobilität, die für die Homogenität sorgt. So war in Spanien allein ein Viertel bis ein Drittel der Topmanager und Spitzenpolitiker zuvor in den Corps tätig, Eliteeinrichtungen der öffentlichen Verwaltung. In Portugal ist es ähnlich. Dort hat jeder vierte Minister im Verlauf seiner beruflichen Karriere eine Position im Topmanagement und immerhin noch jeder siebte eine Stellung als hoher Verwaltungsbeamter bekleidet.[19] Vergleichbar Silvio Berlusconi ist mit Francisco Pinto Balsemao, Enkel des letzten brasilianischen Kaisers, einer der konservativen portugiesischen Ministerpräsidenten sogar zugleich Inhaber des größten Medienkonzerns des Landes.

[19] Detaillierte Informationen in Hartmann 2007, 107 ff., 130, 153.

Tabelle 3: Die soziale Rekrutierung europäischer Regierungskabinette

in %	**Großbürgertum**		**Bürgertum**		**Mittelschichten**		**Arbeiterklasse**	
	2006	**2008**	**2006**	**2008**	**2006**	**2008**	**2006**	**2008**
Konservative Regierungen								
Frankreich	62,5	41,2	12,5	29,4	18,8	17,6	6,2	11,8
Irland	x	11,1	x	66,7	x	22,2	x	–
Dänemark	21,0	21,5	26,3	21,5	47,4	52,6	5,3	5,3
Finnland	x	16,7	x	27,8	x	38,9	x	16,7
Große Koalitionen								
Deutschland	12,5	12,5	50,0	56,6	18,8	18,8	18,8	12,2
Niederlande	13,3	12,5	26,7	37,5	60,0	37,5	–	12,5
Belgien	16,7	22,2	33,3	33,3	41,7	33,3	8,3	11,1
Österreich	9,1	10,0	27,3	30,0	27,3	20,0	36,3	40,0
Sozialdemokratische Regierungen								
Großbritannien	31,8	25,0	27,3	30,0	18,2	25,0	22,7	20,0
Spanien	21,4	30,8	50,0	38,5	21,4	23,1	7,2	7,7
Norwegen	11,1	15,8	27,8	26,3	44,4	36,8	16,7	21,1
Wechsel von sozialdemokratischer zu konservativer Regierung								
Italien	10,0	15,4	35,0	53,8	20,0	7,7	35,0	23,1

x = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor.

– = Zahlenwert ist null.

Quelle: Eigene Recherchen.

Länder mit geringen Einkommensunterschieden wie die skandinavischen weisen folgerichtig zumeist inhomogene Eliten mit vergleichsweise niedriger sozialer Herkunft auf. So bilden Schwedens SpitzenmanagerInnen mit einer 50-prozentigen Rekrutierung aus den breiten Mittelschichten und der Arbeiterschaft eine absolute Ausnahme unter den europäischen Wirtschaftseliten (s. Tab 4). Die übrigen Eliten in Schweden wie im restlichen Skandinavien stammen ebenfalls zum größeren Teil aus der normalen Bevölkerung. Vor allem in der politischen Elite sind dabei auch Arbeiterkinder ungewöhnlich stark vertreten. Allein vier der

fünf finnischen Staatspräsidenten kommen aus diesem Milieu.[20] Zugleich kommen Wechsel zwischen den einzelnen Elitesektoren nur sehr selten vor. Die einzelnen Eliten bleiben voneinander getrennt und kennen im Unterschied zu ihren britischen oder französischen Pendants auch keine gemeinsamen Zeiten in Elitebildungseinrichtungen (Hartmann, 2007 158 ff.).

Tabelle 4: Die soziale Rekrutierung der wirtschaftlichen Eliten (CEO/Chairman, PDG, Vorstandsvorsitzender, Amministratore Delegato, President) Europas 2005 (in %)[21]

	FR	GB	ES	DE	IT	SE
Großbürgertum	57,0	53,2	55,0	51,7	51,6	28,6
Bürgertum	30,3	31,2	30,0	33,3	16,1	21,4
Mittelschichten/Arbeiterklasse	12,7	15,6	15,0	15,0	32,3	50,0

Quelle: Eigene Recherchen.

Auf die Benelux-Länder, Deutschland, Österreich und Italien traf diese Feststellung früher in vielerlei Hinsicht ebenfalls zu. Wenn man einmal von der Wirtschaftselite absieht, die in all diesen Ländern immer schon eine sehr exklusive soziale Rekrutierung mit einem Anteil der Großbürgerkinder von um die 50% aufwies, so erinnerte doch sowohl die soziale Herkunft der Spitzenpolitiker (und in Belgien, Italien und Österreich auch der hohen Verwaltungsbeamten) als auch die geringe Sektor übergreifende Mobilität der Eliten an die Verhältnisse in Skandinavien. Das hat sich im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte überall, außer in Österreich, mehr oder minder deutlich verändert. Zeitlich erfolgte diese Veränderung in den Niederlanden und Belgien früher als in Deutschland und Italien, nämlich schon seit den 1980er-Jahren durch eine spürbare Verbürgerlichung der politischen Eliten (Hartmann, 2007, 128 ff.), am umfassendsten aber ist sie in Deutschland ausgefallen. Dort erreicht nicht nur die soziale Rekrutierung der Eliten inzwischen ein Maß an Exklusivität, das schon an die Länder auf der iberischen Halbinsel und den britischen Inseln erinnert, sondern auch die Mobilität zwischen ihnen nimmt immer stärker zu.

[20] Die Tendenz zur Verbürgerlichung der politischen Eliten geht allerdings auch an Skandinavien nicht ganz vorbei (Hartmann, 2007, 159f.).

[21] Für Deutschland, Frankreich und Großbritannien sind die 100 größten Unternehmen, für Italien die 50 größten, für Spanien die 30 größten und für Schweden die 25 größten berücksichtigt worden. Österreich bleibt wegen der geringen Anzahl an Topmanagern, über die entsprechende Daten zu ermitteln waren (nur fünf Personen), in der Tabelle ebenso unberücksichtigt wie Belgien und die Niederlande, über deren Spitzenmanager sogar nur vereinzelt Angaben zur sozialen Herkunft ermittelt werden konnten.

In Italien bietet sich dagegen ein weniger eindeutiges Bild. Zwar stellt Silvio Berlusconi derzeit als reichster Unternehmer des Landes, Ministerpräsident und Beherrscher der meisten privaten wie öffentlichen Medien eine Konzentration von Elitepositionen in einer Person dar, die es bis dato im Nachkriegseuropa nirgends gegeben hat, die italienischen Eliten in ihrer Gesamtheit bleiben aber dennoch inhomogener als die deutschen. Das gilt für die Politik, wo die bisherigen Mitte-Links-Kabinette eine deutlich niedrigere soziale Rekrutierung aufwiesen als die Berlusconi-Regierungen (siehe Tabelle 3). Es trifft aber auch auf die Verwaltungselite zu, die ihre (vor allem aus der Nord-Süd-Spaltung des Landes resultierende) untergeordnete Rolle nicht hat abschütteln können, und die Justizelite, die ihre nach dem 2. Weltkrieg erworbene erstaunlich hohe Autonomie gegenüber der Politik trotz aller Angriffe seitens Berlusconis bisher hat bewahren können.[22] Eine deutliche Zunahme der Elitenhomogenität lässt sich aber nichtsdestotrotz auch für Italien feststellen, vor allem zurückzuführen auf Berlusconi und seine neue Partei Forza Italia.

5. Eliten, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Einkommensverteilung

Trotz aller Parallelen zwischen Elitenstruktur und Einkommensverteilung darf man eines jedoch nicht übersehen. Die Exklusivität und Homogenität der Eliten ist zwar ein entscheidender Faktor für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, er ist aber nicht der einzige. Das demonstriert unübersehbar das Beispiel Frankreichs. Frankreich besitzt ohne Zweifel die in ihrer sozialen Rekrutierung exklusivsten und zugleich homogensten Eliten Europas. Sie kommen nicht nur in allen Sektoren ganz überwiegend (mit knapp drei Vierteln bis gut vier Fünfteln) aus dem Bürger- und Großbürgertum, sie haben in ihrer Mehrheit auch eine gemeinsame Ausbildung in Elitehochschulen durchlaufen und wechseln außerdem regelmäßig zwischen den Elitepositionen der verschiedenen Bereiche. Allein um die 70% der Spitzenpolitiker, der TopmanagerInnen und der hohen BeamtenInnen haben auf einer von wenigen berühmten Grandes Écoles studiert, die meisten von ihnen an den drei bekanntesten, ENA, École Polytechnique und HEC. In einem der noch exklusiveren Grands Corps, den Eliteinstitutionen der öffentlichen Verwaltung, war immerhin noch fast ein Drittel der Spitzenpolitiker und Topmanager während ihrer Berufslaufbahn tätig (Hartmann, 2007, 83 ff.). Für den Wechsel aus der hohen

[22] Die italienische Justiz ist weit unabhängiger von der Politik als die Justiz in anderen europäischen Ländern, weil alle Personalangelegenheiten (inkl. der Beförderungen) einer eigenständigen, zu zwei Dritteln von den Richtern selbst gewählten Institution, dem obersten Richterrat, unterliegen und es außerdem keine politische Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft gibt (Hartmann 2007: 56f.).

Verwaltung an die Spitze von Großunternehmen oder in die Regierung gibt es sogar einen eigenen Begriff, den der Pantouflage. Ungeachtet dieser innerhalb Europas konkurrenzlos hohen Elitenhomogenität liegen die Einkommensdifferenzen in Frankreich aber weit unterhalb derer in Großbritannien, Portugal, Spanien oder auch Italien.

Für diese erstaunliche Diskrepanz ist in erster Linie die ausgeprägte Bereitschaft der französischen Bevölkerung zum politischen Protest verantwortlich. Diese Bereitschaft hat ihre entscheidenden Wurzeln in der starken Staatsorientierung der Bevölkerung. Sie bildet auf der einen Seite zwar die Grundlage des extrem zentralisierten Elitebildungssystems, d. h. letztlich die Basis der hohen Homogenität wie Mobilität der französischen Eliten, sie sorgt auf der anderen Seite aber auch dafür, dass die Bevölkerung den Staat immer wieder massiv mit ihren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit konfrontiert. Dann werden die Eliten an die mit der Tradition der republikanischen Ideale von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verknüpften Versprechen erinnert. Bourdieu sprach diese Tradition beim großen Streik 1995 gegen die Rentenpläne der damaligen Regierung Juppé, in seiner berühmten Rede vor den Streikenden im Gare du Nord von Paris, an. Die Sozialversicherung sei eine genauso wichtige Errungenschaft der Zivilisation wie die Vernunft. Er sagte damit den Streikenden seine Unterstützung zu, weil die Verteidigung des öffentlichen Dienstes auch die Verteidigung von zivilisatorischem Fortschritt bedeute. Die latente und in bestimmten Abständen auch manifest werdende Protestbereitschaft erheblicher Teile der Bevölkerung engt den Spielraum für extreme Einkommensdifferenzen und einen massiven Abbau staatlicher Sozialleistungen spürbar ein. Zwar sorgt der schwache gewerkschaftliche Organisierungsgrad in Frankreich für Lohnunterschiede, die in Westeuropa zu den größten gehören, in Bezug auf die Gesamteinkommen wird das bislang aber durch die relativ umfassenden Sozialtransfers mehr als wettgemacht. Sozialleistungen zu kürzen, ist politisch daher immer eine riskante Angelegenheit.

Das zeigt sich auch derzeit wieder. Staatspräsident Sarkozy geht entgegen seinen lautstarken Ankündigungen beim Versuch, das Rentensystem zu Lasten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu verändern, sehr vorsichtig vor. Er dürfte angesichts der auch in Frankreich nachlassenden Protestbereitschaft zwar deutlich größere Erfolgsaussichten haben als Juppé in den 1990er-Jahren, sein vorsichtiges Taktieren lässt aber erkennen, dass er sich dessen nicht sicher ist und daher vermeiden will, größere Proteste durch ungeschicktes oder zu offensives Vorgehen zu provozieren. Am oberen Ende der Einkommensskala ist allerdings auch in Frankreich seit einigen Jahren ein massiver Zuwachs zu verzeichnen. Zwar haben die oberen 10% ihren Anteil am Gesamteinkommen zwischen 1997 und 2005 nur minimal von 31,4% auf 32,2% erhöhen können, das oberste Prozent dagegen schon spürbar um ein Achtel von 7,24% auf 8,2%, das oberste Promille um fast ein Viertel von 1,74% auf 2,19% und das oberste 0,1 Promille sogar um über ein Drittel von 0,45% auf 0,61% (Landais, 2007, 41). Dennoch bleibt ihr Anteil immer

noch weit hinter dem der reichsten US-AmerikanerInnen und dem der reichsten Deutschen zurück. Auch im Vergleich zu Spanien mit seiner ähnlichen Elitestruktur gibt es erhebliche Differenzen bei den sehr hohen Einkommen. So vereinen das reichste Promille bzw. das reichste 0,1 Promille der spanischen Bevölkerung einen um knapp 20% bzw. sogar gut 40% höheren Anteil des Gesamteinkommens auf sich (Alvaredo und Saez, 2007, Table B2).

Das französische Beispiel demonstriert, wie wichtig nationale Traditionen und Besonderheiten sind. Die Macht, die Eliten auszuüben vermögen, hängt entscheidend von ihnen ab. Sie prägen nicht nur die jeweiligen nationalen Typen von Eliteformation, sondern ebenso auch die Einstellung und das Verhalten der Bevölkerung diesen Eliten gegenüber. Will man den Machtumfang der Eliten genauer einschätzen, muss man neben der Struktur der Eliten selbst stets drei grundlegende Faktoren berücksichtigen: erstens die in der breiten Bevölkerung verankerten Wertvorstellungen und die generell vorhandene Bereitschaft zum Widerstand, zweitens die dauerhafte Organisierung gegenläufiger Interessen (vor allem in Form von Gewerkschaften) und drittens das Verhältnis der breiten Bevölkerung zu den parlamentarischen Möglichkeiten der Einflussnahme, d. h. die Parteienstruktur und die Wahlbeteiligung. Eliten können eine massive Einschränkung ihrer Macht erfahren, wenn sie es in diesen Punkten mit starken Gegenkräften zu tun haben. Das gilt auch für sehr homogene Eliten wie etwa die britischen unter den konservativen Regierungen von 1951 bis 1964. Sie hatten es damals mit mächtigen und militanten Gewerkschaften, einer eng mit den Gewerkschaften verbundenen Labour Party und mit einer antikapitalistischen Grundstimmung in nicht unerheblichen Teilen der Bevölkerung zu tun. Das sorgte für den spezifisch britischen Klassenkompromiss zwischen der Upper Class und den von ihr dominierten Eliten auf der einen sowie der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Dieser Kompromiss wurde endgültig erst durch Margaret Thatcher aufgekündigt.

Auch die vergleichsweise geringen sozialen Differenzen in den skandinavischen Ländern lassen sich nicht allein durch die relativ hohe soziale Durchlässigkeit und geringe Homogenität ihrer Eliten erklären. Sie beruhen, wie im Übrigen letztlich auch die Struktur der Eliten, auf einer langen egalitären Tradition der skandinavischen Gesellschaften, der Tradition des Wohlfahrtsstaates, der über Jahrzehnte anhaltenden Dominanz sozialdemokratischer Parteien und der Stärke der Gewerkschaften. Die egalitäre Grundeinstellung der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, eine unter besonderen historischen Bedingungen entstandene Mischung aus bäuerlichen und proletarischen Elementen, ist trotz spürbarer Abschwächung in den letzten Jahren immer noch prägend für das Leben in diesen Ländern. Der Wohlfahrtsstaat genießt nach wie vor eine große Wertschätzung. Die für seine Finanzierung notwendigen, im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohen Einkommenssteuern werden daher von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bis heute akzeptiert. Auch die

sozialdemokratischen Parteien sind trotz starker Mitgliederverluste[23] in der Bevölkerung immer noch erheblich besser verankert als etwa in Deutschland oder den Niederlanden. Zugleich liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad mit 60 bis 80% (Carley, 2004) ebenfalls immer noch außergewöhnlich hoch.

Die aktuelle Situation in den skandinavischen Ländern zeigt allerdings auch, dass sich noch so ausgeprägte nationale Traditionen nicht von weltweiten ökonomischen und politischen Entwicklungen abkoppeln können. Die gravierende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit durch den Zusammenbruch der „real existierenden" sozialistischen Staaten, die Integration der ehemaligen Ostblockländer und Chinas in den kapitalistischen Weltmarkt sowie den (mehr oder minder weit vorangeschrittenen) Zerfall des klassischen proletarischen Milieus hat auch in Skandinavien deutliche Spuren hinterlassen.[24] Auch hier hat die politische Aktivität der breiten Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten beträchtlich abgenommen und zunehmend neoliberales Gedankengut Einzug gehalten. So hat beispielsweise schon die letzte sozialdemokratische Regierung in Schweden die Erbschaftssteuer weitgehend abgeschafft und die folgende konservative Regierung hat 2007 dasselbe mit der Vermögenssteuer gemacht. Die Unternehmenssteuern sind ebenfalls schon unter den Sozialdemokraten spürbar gesenkt worden. Sie liegen mit gut 33% real allerdings immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt von ca. 25%. Wichtig für die Einkommensverhältnisse ist aber vor allem, dass der Einkommensspitzensteuersatz weiterhin bei 55% liegt, also weit über den Sätzen in den meisten anderen europäischen Ländern (European Commission, 2007, 92, 219f.).

Als Fazit bleibt: Für die generelle Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich in Europa ist die weltweite Veränderung der Kräfteverhältnisse ausschlaggebend, ein Prozess, den die Eliten im eigenen Interesse aktiv voran treiben. Die konkrete Form und vor allem das Ausmaß der Entwicklung werden dabei auf nationaler Ebene entscheidend von den jeweiligen Traditionen und den jeweiligen Elitestrukturen bestimmt. Die deutschen Eliten haben in den letzten Jahren diesbezüglich in Europa eine Vorreiterrolle im negativen Sinne eingenommen. Sie haben vor allem durch Veränderungen in der Steuer- und der Sozialgesetzgebung für eine besonders rasante Verschärfung der Einkommensunterschiede gesorgt. Wie die verantwortlichen Politiker und sonstigen Eliteangehörigen sowie weite Teile des Bürger- und Großbürgertums über die wachsende Ungleichheit in Deutschland denken, darüber gibt eine

[23] In Norwegen und Schweden sind die Mitgliederzahlen der Sozialdemokratie in den 1980er-Jahren sogar massiv zurückgegangen, als damals die automatische Doppelmitgliedschaft der Gewerkschaftsmitglieder beendet wurde (Steffen, 2006, 97f.).

[24] Dasselbe gilt im Übrigen auch für Frankreich, weshalb Sarkozys Versuch einer „Rentenreform" letztlich deutlich bessere Aussichten hat als der von Juppé vor einem guten Jahrzehnt.

Äußerung von Bundesinnenminister Schäuble in einem Interview mit der ZEIT vom 17. Juli 2008 beredt Auskunft. Es sagt dort wörtlich: „Natürlich ist die Spanne zwischen denen, die bei uns nicht ruhig schlafen können, weil sie für ihr ererbtes Millionenvermögen Steuern zahlen müssen, und denen, die mit Hartz IV auskommen sollen, gewaltig. Aber wenn wir uns anschauen, wie die Lebenschancen für Chinesen, für Inder oder für Südamerikaner sind, relativiert sich das.“ So kann man das natürlich auch sehen.[25]

Dieses Denken schlägt sich letztlich auch praktisch nieder. Das demonstrierten bereits ein Vierteljahr später Anfang September der Chemnitzer Ökonomie-Professor Thießen und sein Mitarbeiter Fischer. Sie errechneten in einer Studie, dass schon 132 Euro für einen Hartz-IV-EmpfängerInnen ausreichen, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, das gesetzlich formulierte Ziel der sozialen Mindestsicherung mit dieser Summe durchaus erreicht würde. Dass das keine einfache Spinnerei zweier weltfremder Wissenschaftler war, zeigte sich schon Ende desselben Monats. Da forderte nämlich der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Weise, eine Senkung des Hartz-IV-Regelsatzes für jugendliche Arbeitslose, um deren Arbeitsbereitschaft zu erhöhen. Eine weitere Spaltung der Gesellschaft wird nicht nur in Kauf genommen, sondern sogar aktiv voran getrieben.

Literatur

Aaron-Dine, Aviva (2008): Have the 2001 and 2003 tax cuts made the tax code more progressive? Report vom 10. März 2008: Center of Budget and Policy Priorities. Washington.

Alvaredo, Facundo and SAez, Emmanuel (2007): Income and wealth concentration in Spain in a historical and fiscal perspective. Paper. Paris School of Economics. Paris.

Bach, Stefan and Steiner, Viktor (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche. DIW-Wochenberichte, 74, Heft 13. Berlin, 193–198.

Bach, Stefan, Corneo, Giacomo and Steiner, Viktor (2008): Effective Taxation of Top Incomes in Germany, 1992–2002. Paper. Berlin.

Bertelsmann-Stiftung (2008): BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft. Gütersloh.

Carley, Mark (2004): Trade Union Membership 1993–2003. eurofound.europa.eu/eiro/2004/03.

[25] Eine solche Argumentation, die die Ungerechtigkeit herunterspielt oder zynisch als unvermeidlich darstellt, ist typisch für die Gewinner der Entwicklung, wie eine aktuelle Studie von Toynbee und Walker über reiche Briten am Beispiel von Investmentbankern und Anwälten deutlich zeigt (Toynbee und Walker, 2008).

Corneo, Giacomo (2005): The Rise and Likely Fall of the German Income Tax, 1958–2005. CESifo Economic Studies, 51, Heft 1, 159–186.

Corneo, Giacomo (2008): Einkommenskonzentration in Europa.

European Commission (2007): Taxation Trends in the European Union. Data for the EU Member States and Norway. Eurostat Statistical Books. Luxemburg.

Goebel, Jan and Krause, Peter (2007): Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland. Wirtschaftsdienst, 87, Heft 12, 824–832.

Grabka, Markus M. and Frick, Joachim R. (2007): Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. DIW-Wochenberichte, 74, Heft 45. Berlin, 665–672.

Grabka, Markus M. and Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht in Deutschland – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen. DIW-Wochenberichte, 75, Heft 10. Berlin, 101–108

Grabka, Markus M. and Frick, Joachim R. (2008): Erkenntnisse und Probleme der Vermögensforschung mit einem speziellen Fokus auf Deutschland.

Groh-Samberg, Olaf (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich. DIW-Wochenberichte, 74, Heft 12. Berlin, 177–182.

Hartmann, Michael (2007): Eliten und Macht in Europa. Frankfurt a. M.: Campus.

Hauser, Richard (2007): Probleme des deutschen Beitrags zu EU-SILC aus der Sicht der Wissenschaft – Ein Vergleich von EU-SILC, Mikrozensus und SOEP. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research. No 69. Berlin.

Landais, Camille (2007): Les hauts revenus en France (1998–2006): Une explosion des inégalités? Paper, Paris School of Economics. Paris.

OECD (2008): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. Paris.

Pickety, Thomas and Saez, Emmanuel (2003): Income Inequality in the United States, 1913–1998. Quarterly Journal of Economics, 118, 1–39.

Saez, Emmanuel (2008): Striking it Richer: The Evolution of Top Incomes in the United States. Paper. Berkeley.

Steffen, Christian (2006) Die Parteiensystems Dänemarks, Norwegens und Schwedens, in Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard/Haas, Melanie (Hg.), Die Parteiensysteme Westeuropas. Wiesbaden: VS-Verlag, 67–107.

Toynbee, Polly and Walker, David (2008): Unjust Rewards. London: Granta Books.